



IEDF

**INTERESSENGEMEINSCHAFT
EHEMALIGER DDR-FLÜCHTLINGE e.V.**

Postfach 25 01 40 · 68084 Mannheim
vorstand@iedf.de · www.iedf.de
www.flucht-und-ausreise.info

Amtsgericht Mannheim · VR 700231
Der Verein besitzt den Status der Gemeinnützigkeit.

Bank: IG ehem. DDR-Flüchtlinge
Deutsche Bank Mannheim
IBAN DE50 6707 0024 0043 7749 00
BIC DEUTDE33HAN

IG ehem. DDR-Flüchtlinge, Postfach 25 01 40, 68084 Mannheim

**Herrn
Friedrich Merz – Bundesvorsitzender CDU
- persönlich c/o Bundesgeschäftsstelle -
Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin**

Mannheim, den 11.04.2022

DDR-Flüchtlinge, Ausreiseantragsteller, politische Häftlinge und die Christlich
Demokratische Union

Sehr geehrter Herr Merz,

die Interessenvertretung der ehemaligen DDR-Flüchtlinge, Ausreiseantragsteller und aus politischer Haft Freigekauften hat in den Jahren, in denen Angela Merkel CDU-Bundesvorsitzende war, leidvolle Erfahrungen mit der Haltung der Union gegenüber den DDR-Dissidenten machen müssen. In den Jahren, in den sie Bundeskanzlerin war, hat sie ihre Richtlinienkompetenz dazu genutzt, ihre grundsätzlich negative Haltung gegenüber diesem Personenkreis in Regierungshandeln umzusetzen.

Der Vorstand der „Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V.“ (IEDF) hat Ihnen anlässlich Ihrer Wahl zum Bundesvorsitzenden einen kurzen Einblick in die Problemlage gegeben. Seitens des CDU-Kreisvorstandes Hochsauerlandkreis erhielten wir mit e-mail vom 20.12.2021 eine kurze Eingangsbestätigung.

Zur Vermeidung von Wiederholungen möchte ich darüber hinaus auch auf den Brief des Bundesvorstandes der „Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V.“ (VOS) vom 21.03.2022 verweisen. Dem gibt es nichts hinzuzufügen.

Das SED-Regime ist nicht von allein zusammengebrochen. Sie wissen, dass die Flucht- und Ausreisebewegung aus der DDR zu einer existentiellen Schwächung des SED-Regimes geführt hatte, so dass die „Friedliche Revolution“ vom Herbst 1989 schließlich zum Zusammenbruch der DDR führen konnte. Dass damit die Herstellung der deutschen Einheit möglich wurde, ist nicht zuletzt der vorausgegangenen „Abstimmung mit den Füßen“ zu danken.

Es ist ein Paradoxon der Zeitgeschichte und konkret eines, das ausgerechnet und konkret der CDU zuzuschreiben ist, dass die Bundesregierung die deutsch-deutsche Flüchtlingsgeneration unter Missbrauch der Gesetzgebung zum Beitritt der DDR einer moralischen, politischen und sozialen Demütigung ausgesetzt hat.

Es war, wie wir inzwischen wissen, eine politische Entscheidung. Eine ideologisch fatale Entscheidung, die Geist und Buchstaben des Prozesses der Wiedervereinigung konterkariert. Sie bewirkt, dass die Demütigung auf Dauer festgeschrieben werden soll.

Angela Merkel war mindestens seit 2006 mit den einschlägigen Sachverhalten vertraut. Unsere durchgängig vergeblichen Kommunikationsversuche mit der Bundeskanzlerin haben wir auf unserer Internetseite www.iedf.de öffentlich gemacht:

„Die ehemaligen DDR-Flüchtlinge in der Ära Merkel – eine bleierne Zeit“.

Unter dem Link „*Monolog mit der Bundeskanzlerin*“ sind die Dokumente gespeichert, die die absolute Einseitigkeit der Korrespondenz zwischen dem Vorstand der IEDF und der Bundeskanzlerin belegen.

Ihr Wahlkampf um den CDU-Vorsitz hatte unter dem Slogan „#TEAM MERZ.NEUE ZEIT.NEUE VERANTWORTUNG“ gestanden. In diesem Sinne erwarten wir von der CDU einen Neuanfang.

Bitte geben Sie uns ein Signal der Gesprächsbereitschaft.

Mit freundlichem Gruß,



Dr.-Ing. Jürgen Holdefleiß
(Vorsitzender IEDF)